

Was geht in Korea vor sich?

Entwicklungen in Nord und Süd

Nach der Ermordung von Staatspräsident *Park Chung-hee* im Oktober 1979 hatte es kurze Zeit den Anschein, Südkorea werde den Weg einer allmählichen Liberalisierung einschlagen. Doch der Militärputsch im Mai 1980 machte die Hoffnungen vorerst wieder zunichte – die Ereignisse von Kwangju und der Prozeß gegen *Kim Dae-jung* sprechen eine nur zu beredte Sprache. Zudem sind die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea nach zaghaften Annäherungsversuchen mittlerweile auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich im Norden wie im Süden Koreas ein Generationswechsel in der politischen Führung mit weitreichenden Folgen.

Nordkorea an einem Wendepunkt

Die *Demokratische Volksrepublik Korea* (= Nordkorea) schließt sich aus ideologischen Gründen noch weitgehend gegenüber dem Westen ab. Ihre vorrangig auf die Wiedervereinigung mit dem Süden Koreas ausgerichtete Politik betont vor allem das Prinzip der Selbständigkeit (Dschutsche): Selbständigkeit in der Außenpolitik, selbständige Entwicklung (Dscharip) in wirtschaftlicher Hinsicht und Schutz gegen äußere Bedrohungen aus eigener Kraft (Dschayü). Dem entspricht eine straffe Führung des Landes durch die „Partei der Arbeit“, deren deutlichster Ausdruck der Kult um Kim Il-sung ist, den Vorsitzenden der Partei, Staatspräsidenten und Oberbefehlshaber der Armee seit über 30 Jahren.

Unter diesen Umständen ist z. B. ein organisiertes kirchliches Leben nicht mehr möglich. Zwar sichert die Verfassung von 1972 die „Freiheit des Glaubens und der antireligiösen Propaganda“ zu, doch duldet die Partei keine rivalisierenden Gruppen neben sich. So sind die christlichen Kirchen in Nordkorea einschließlich der Katholischen Kirche nach der Vertreibung der Priester und Ordensleute bald nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer „schweigenden Kirche“ geworden, auch wenn es noch Gläubige gibt.

Die *Annäherung zwischen China und den USA* und die anhaltenden Spannungen zwischen der UdSSR und China haben nun langsam Bewegung in die nordkoreanische Politik gebracht. Zwar bleibt China weiter der wichtigste ideologische Verbündete, zumal es mit Korea eine lange geschichtliche Tradition verbindet. Doch ist Peking nicht mehr bereit, das Hauptziel Nordkoreas, die Wiedervereinigung, bedingungslos zu unterstützen. So soll es 1979

damit gedroht haben, im Falle einer militärischen Aggression Nordkoreas gegen den Süden die Öllieferungen an Pyöngyang einzustellen (Korea Herald, 17.1.80). Dadurch bekommen die Beziehungen Nordkoreas zur UdSSR wieder größeres Gewicht. Die Sowjetunion, schon in der Vergangenheit der wichtigste Geldgeber, umwirbt seit neuestem die Nordkoreaner auch ihrerseits wieder stärker, seit die Gespräche mit Peking vorerst eingestellt wurden. So verzichtete Moskau bis 1983 auf die Rückzahlung von Darlehen durch Nordkorea angesichts dessen chronischer Devisenschwäche.

Um größere Handlungsfreiheit zu erlangen, sieht sich Nordkorea aber auch nach neuen Partnern um. Es engagiert sich stärker in der Bewegung der Blockfreien, wobei Rumänien eine nicht unwichtige Mittlerrolle spielt. Außerdem verstärkt es die Kontakte zu seinen asiatischen Nachbarn. So hat man etwa bei den Philippinen zwecks Aufnahme diplomatischer Beziehungen sondiert (Japan Times, 22.9.80), liefert Waffen in den Iran gegen die Zusage von Erdöllieferungen und intensiviert insbesondere die Gespräche mit Japan.

Den USA signalisierte Pyöngyang in letzter Zeit wiederholt, daß es an *Normalisierungsgesprächen* interessiert sei. Dabei geht man so weit, den Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea nicht mehr zur Voraussetzung der Aufnahme von Gesprächen zu machen. Allerdings ist man nicht bereit, Südkorea in derartige Gespräche einzuschalten, und würde ihm allenfalls einen Beobachterstatus zugestehen. Im Falle eines Friedensvertrages mit den USA ist Nordkorea angeblich sogar gewillt, seine militärischen Bündnisse mit den kommunistischen Nachbarn aufzukündigen. Inwiefern diese Bemühungen wie auch etwa das Angebot eines Sport- und Kulturaustausches mit den USA vom Juli 1980 ernst zu nehmen sind, bleibt jedoch vorerst ungewiß. Manches ist sicher eher als Propagandamanöver zu werten (wie z. B. ähnliche Angebote an Südkorea in der Vergangenheit). Andererseits kann Nordkorea angesichts der Annäherung China-USA nicht ganz abseits stehen. Die USA bleiben allerdings zurückhaltend, da sie ihrem südkoreanischen Verbündeten nicht in den Rücken fallen möchten.

Das *Verhältnis zu Südkorea* betrachtet Pyöngyang als ein internes Problem, das Drittländer nichts angehe. Seit Anfang 1979 war hier eine gewisse Entspannung eingetreten, die im Frühjahr 1980 sogar ein Treffen der Premierminister wahrscheinlich werden ließ. Es gab sogar einen geheimen Handelsvertrag, auf Grund dessen Nordkorea Südkorea auf dem Umweg über Großbritannien mit Kohle

beliebte. Nach der Machtübernahme der Militärs im Süden erreichten die Beziehungen aber einen neuen Tiefpunkt. Der Machtzuwachs der Militärs wurde als Bedrohung empfunden, es kam zu erneuten Grenzzwischenfällen, und schließlich brach man den Dialog mit Seoul ganz ab. Ein kürzlich von Kim Il-sung vorgelegter vager „10-Punkte-Plan“ zur Wiedervereinigung beider Koreas ist angesichts dieser Lage wohl kaum als Ansatz zu neuen Gesprächen zu werten – er dürfte vornehmlich der innenpolitischen Mobilisierung Nordkoreas dienen.

Die Verstärkung nationalistischer Tendenzen könnte durchaus aber auch mit den Veränderungen in der nordkoreanischen Führungsspitze zusammenhängen. Auf dem Parteikongreß im Oktober 1980 wurde der Sohn des 68-jährigen Kim Il-sung, *Kim Jung-il*, endgültig als dessen designierter Nachfolger präsentiert. Die „Thronfolge“, einmalig für ein kommunistisches Land, dürfte dabei nicht ohne Schwierigkeiten geregelt worden sein. Denn gleichzeitig wurde die Position der Militärs gestärkt – von 34 Mitgliedern des Politbüros sind 11 Militärs, und der Verteidigungsminister *Oh Jin-u* rangiert in der Parteihierarchie noch vor Kim Jung-il. So dürfte die Nachfolge durch den 39-jährigen Kim Jung-il, der über seine langjährige Parteiarbeit vor allem unter den Parteitechnokraten einen festen Rückhalt hat, mit einem Bündnis von Militärs, Parteitechnokraten und Bürokratie abgesichert worden sein. Die *Stärkung der Militärs*, die meist der mittleren Generation angehören (es gibt nur noch wenige Aktive der Partisanenzeit in der politischen Führung), dürfte nicht gerade zu einer Lockerung der Atmosphäre gegenüber Südkorea beitragen. Ob das Bündnis die Regierungszeit Kim Il-sungs, der noch keineswegs an Rücktritt zu denken scheint, überdauern wird und Kim Jung-ils Position wirklich gefestigt ist, wird sich jedoch noch erst erweisen müssen.

Krisen und Gewalt im Süden

Die Ereignisse des letzten Jahres in der *Republik Korea* (= Südkorea) sind nur vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung zu verstehen. Die „kopfgesteuerte Marktwirtschaft“ Parks hatte Südkorea zur nach Japan führenden Industrienation Asiens gemacht. Angelockt durch niedrige Löhne und eine politische Stabilität, die durch einen Verzicht auf Demokratie erkaufte worden war, investierten vor allem amerikanische und japanische Firmen in eine stark exportorientierte Industrie. Nachdem bisher dank hervorragender Planer Wirtschaftskrisen im wesentlichen vermieden worden waren, spitzte sich die Lage 1978 zu. Engpässe auf dem Konsumgütermarkt und die Energievertéuerung (das Land gibt 1/3 seiner Devisen für Erdöl aus, das wiederum 60% des Energieverbrauchs deckt) führten zu einem Anstieg der Inflation, deren Rate 1980 bei etwa 30% lag (Neue Zürcher Zeitung, 8. 11. 80). Die rigorosen antiinflationären Maßnahmen der Regierung kamen nicht nur zu spät, sie bewirkten auch den Zusammenbruch zahlreicher kleinerer Unternehmen. Da au-

ßerdem der Export stagnierte, wuchs die Zahl der Arbeitslosen rasch an (Mitte 1980 etwa 5%). Das Brutto-sozialprodukt, das bis dahin die höchsten Zuwachsraten Asiens aufgewiesen hatte, sank schließlich sogar Mitte 1980 gegenüber dem Vorjahr um 4% (Korea Herald, 19. 8. 80).

Die Folge waren zahlreiche *Streiks und Studentenunruhen*, gegen die die Sicherheitskräfte mit aller Brutalität vorgingen. Dies verschlimmerte die Lage aber nur, und es kam innerhalb der Regierung zu Kontroversen über den weiteren Kurs, deren Opfer schließlich Präsident Park wurde. Da nun gerade die Garanten der politischen Stabilität, Armee und Geheimdienst, sich als unfähig erwiesen hatten, der Lage Herr zu werden, entstand zunächst ein Machtvakuum, das bald einen Machtkampf nach sich zog. Der frühere Premierminister *Choi Kyu-hab*, der am 6. 12. 1979 das Amt des Staatspräsidenten übernahm, besaß nur wenig Rückhalt bei den führenden Politikern und Militärs. Immerhin versprach er soziale Stabilität, wirtschaftlichen Fortschritt und eine allmähliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens, deren sichtbarer Ausdruck die Einsetzung eines Komitees war, das eine Verfassungsänderung prüfen sollte. Der Streit um eine neue Verfassung und um das Amt des zukünftigen Staatspräsidenten wurde dann zum beherrschenden Diskussionsthema unter den wiedererstarkten politischen Parteien.

Einer der Anwärter auf die politische Macht war *Kim Jong-pil*, ein Schwiegersohn Parks und Führer der regierenden Democratic Republican Party. Seine Stellung war allerdings nicht unangefochten, da die Partei bei den Wahlen Ende 1978 mit nur 30% der Stimmen eine empfindliche Niederlage erlitten hatte. *Kim Young-sam*, der Führer der oppositionellen New Democratic Party, die 1978 mit fast 35% die meisten Stimmen erhalten hatte, meldete ebenfalls seine Ansprüche an. Er hatte sich erst im Mai 1979 in einer Kampfabstimmung gegen den gemäßigten Flügel seiner Partei durchgesetzt, der für eine eher „konstruktive Opposition“ gegenüber Park gewesen war. Kim Young-sam plädierte für mehr Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte und vor allem auch bessere soziale Bedingungen im Wirtschaftsleben – ein Programm, für das in den wesentlichen Punkten auch *Kim Dae-jung* eintrat. Kim Dae-jung, der ehemalige Führer der NDP, war insbesondere nach seinem Leidensweg durch die Gefängnisse Südkoreas zur nationalen Symbolgestalt geworden. Eine starke Gruppe innerhalb der NDP hätte Kim Dae-jung gerne wieder als Parteiführer gesehen, doch dieser verzichtete im April 1980 schließlich, um der Partei die Spaltung zu ersparen. Gleichwohl galt er weiter als einer der Kandidaten für die zukünftige Präsidentschaft.

Während die politischen Parteien noch miteinander um die *neue Verfassung* stritten, hatte eine andere Gruppe längst gehandelt. Am 12. Dezember 1979 putschte der Chef des Armeegeheimdienstes, *Chun Doo-hwan*, gegen die Armeeführung, die bisher Präsident Choi hatte gewähren lassen. Die Armee wurde jetzt von einer verschworenen Gruppe von Generälen geleitet, die – anders als die Gene-

ration Parks – nicht mehr mit der japanischen Vergangenheit belastet waren und ihre Ausbildung zum großen Teil in den USA erhalten hatten. Diese Generation der 50jährigen Nationalisten und Technokraten hielt sich gegenüber Choi jedoch vorerst noch zurück. Erst als sich im Frühjahr 1980 die Streiks und Studentenunruhen wieder mehrten und die wirtschaftliche Lage sich weiter verschlechterte, kam es zu einer Wiederholung der Ereignisse von 1961: unter dem Vorwand, das Land sei vom Chaos bedroht, übernahmen die Militärs am 18. Mai 1980 die Macht. Die Regierung Choi wurde unter die Aufsicht eines Nationalen Sicherheitsrates gestellt; sämtliche politische Aktivitäten wurden verboten und zahlreiche Politiker verhaftet.

Die Festnahme des Katholiken *Kim Dae-jung* löste in seiner Heimatstadt Kwangju Protestdemonstrationen aus, die von den Sicherheitskräften brutal unterdrückt wurden. Wie so oft waren es dabei wieder einmal die städtische Mittelschicht, die Intelligenz und die Vertreter christlicher Konfessionen, die gegen die Verletzung demokratischer Rechte demonstrierten. Das rücksichtslose Vorgehen der Militärs löste dann den sogenannten Aufstand von Kwangju aus, der inoffiziell mindestens 1000 Tote und 15 000 Verletzte forderte.

Der autoritäre Weg in die „Fünfte Republik“

Die Ziele des neuen Machthabers *Chun Doo-hwan* erinnern in ihrem Wortlaut an manches, was Park Chung-hee bereits 1961 verkündete. Chun möchte einen demokratischen Wohlfahrtsstaat errichten, der den Bürgern wirtschaftliche und vor allem militärische Sicherheit bietet. Südkorea solle dabei aber den Weg einer „eigenen Demokratie“ gehen und nicht den Westen nachahmen – der Parteienhader habe schließlich nur zum Chaos geführt. Man brauche eine Führerideologie, die dem Volk wieder patriotischen Geist vermittele und die kulturelle Eigenständigkeit Koreas betone.

Das *Wirtschaftsprogramm* sieht die verstärkte Förderung des Exports und ausländischer Investitionen vor sowie vermehrte Hilfe für kleinere Unternehmen. Außerdem soll die Landwirtschaft, deren Ernte in diesem Jahr nur etwa 50–70% des Vorjahrsertrages erbringen wird, noch mehr unterstützt und intensiviert werden. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft wird z. B. im Bankenwesen gelockert, um die Privatinitiative anzuregen. Darüber hinaus sollen die Beziehungen zu den USA und Japan verbessert werden, vor allem auf dem Gebiet der Aufrüstung. Der Dialog mit Nordkorea wird weiter für wünschenswert erachtet, doch es ist fraglich, ob nicht gerade die vermehrte Aufrüstung ein Hindernis sein wird (Korea Herald, 2. 9. 80; 31. 10. 80).

Zur Durchführung dieser Ziele ließ sich Chun nach dem erzwungenen Rücktritt Chois am 23. August 1980 zum Staatspräsidenten wählen, und schon am 22. Oktober hatten die Koreaner über die neue Verfassung abzustimmen.

Diese beruht ebenfalls auf dem Präsidialsystem, wobei der Präsident für eine einmalige Amtsperiode von sieben Jahren indirekt über Wahlmänner gewählt wird. Das Parlament besitzt weitgehende Rechte, insbesondere kann es Regierungsmitglieder zum Rücktritt zwingen und Notstandsmaßnahmen des Präsidenten aufheben. Hinzu kommen u. a. die Unabhängigkeit der Justiz und die Abschaffung der Sippenhaftung. Das Referendum erbrachte nach einer gut geführten Publicity-Kampagne einen persönlichen Erfolg für Chun, da bei einer Stimmbeteiligung von 95,5% 91,6% der Koreaner mit Ja stimmten. Allerdings schnitten gerade die städtischen Regionen von Seoul und Pusan mit 87% bzw. 89% am schlechtesten ab, während in manchen ländlichen Gegenden die Zahl der Ja-Stimmen fast 100% betrug.

In der Tat bedeutet die neue Verfassung einen Fortschritt gegenüber der alten Verfassung von 1972, doch bleibt die Praxis abzuwarten. Immerhin kann der Präsident das Parlament jederzeit nach Ablauf des ersten Jahres einer Legislaturperiode auflösen. Zudem wurde bisher 567 Politikern jegliche politische Aktivität bis Mitte 1988 (also über die erste Legislaturperiode hinaus) untersagt, darunter den meisten bisherigen Abgeordneten. Damit werden die Politiker der Generation Parks weitgehend aus dem politischen Leben ausgeschlossen, und es wird verhindert, daß bei den für Februar 1981 angesetzten Präsidentschaftswahlen ein geeigneter Gegenkandidat gegen Chun antritt.

Das *neue Parteiengesetz* begünstigt ebenfalls die neuen Machthaber, da u. a. Journalisten und bestimmten Gruppen von Lehrern jetzt jegliche parteipolitische Aktivität untersagt ist, während den Angestellten der Staatsunternehmen dies mittlerweile gestattet ist. Die Parteienlandschaft wird in Zukunft wohl von der neuen Regierungspartei „*Democratic Justice Party*“ beherrscht werden, die sich vor allem auf Technokraten und einige ehemalige Mitglieder der DRP stützt. Immerhin dürfen sich aber die jetzt verbotenen Parteien unter anderem Namen neukonstituieren (Wahlen sind für März/April 1981 vorgesehen). Den prominentesten Gegenspieler hat Chun ohnehin ausgeschaltet: in einem zur Farce gewordenen Schauprozess wurde *Kim Dae-jung* am 21. September 1980 wegen angeblicher Organisation des Aufstandes von Kwangju und politischer Betätigung für Nordkorea zum Tode verurteilt. Die massiven internationalen Proteste haben die Militärs aber möglicherweise doch nachdenklich gemacht – die für Dezember 1980 erwartete Bestätigung des Todesurteils durch den Obersten Gerichtshof wurde zunächst ausgesetzt. Eines scheint allerdings sicher: ein wirksames Protestmittel gibt es nicht, da gerade führende japanische und amerikanische Unternehmen kaum zu einem Wirtschaftsboykott gegen Südkorea bereit sind.

Die *Ausschaltung der politischen Opposition* wurde unterstützt durch eine „Säuberung“ der Gesellschaft. Allein von August bis Oktober 1980 wurden 46 000 Personen wegen angeblichen Gangstertums festgenommen, darunter 46 buddhistische Mönche (Far Eastern Economic Review 29. 10. 80). Im Rahmen einer Kampagne gegen die Korruption verloren außerdem über 30 000 Beamte ihren

Arbeitsplatz, nicht eingerechnet die Lehrer und Journalisten, die Berufsverbot erhielten. Abgesehen von „moralischen“ Gründen ging es hier vor allem darum, politische Gegner mundtot zu machen und die gehobenen Positionen in Verwaltung und Wirtschaft mit Anhängern Chuns neu zu besetzen. So verloren 25% der Direktoren staatlicher Betriebe ihre Stellung, während die unteren Ränge prozentual weit weniger erfaßt wurden (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 12. 8. 80). Und schließlich wurde auch die Presse nicht verschont – Ende Juli verbot die Regierung 172 Zeitungen und Zeitschriften. Im Dezember 1980 mußten weitere 67 Publikationsorgane ihr Erscheinen einstellen (Far Eastern Economic Review, 11. 12. 80).

Andererseits versucht die Regierung, ihr gerade durch die politischen Prozesse angeschlagenes Image aufzubessern, etwa, indem sie im Dezember 1980 den schwerkranken Dichter *Kim Chi-ha* nach jahrelanger Haft freiließ und zudem die Aufhebung des Kriegsrechts ankündigte. Zudem wurden Steuererleichterungen für breitere Volksschichten in die Wege geleitet, und der *Zugang zu den Hochschulen* wurde neu geregelt, wovon Kinder aus weniger begüterten Familien ebenfalls profitieren könnten. Abgesehen von der Durchsetzbarkeit der Maßnahmen treten aber damit auch neue Probleme auf: die finanzielle Seite der Hochschulreform ist noch ungeklärt (immerhin wurde die Zulassungsquote um 50% auf 300 000 erhöht), und angesichts der jetzt drohenden Akademikerschwemme mußte bereits die Durchfallquote auf 30% festgesetzt werden – bisher bedeutete die Aufnahme in eine Universität auch schon fast eine Garantie für einen erfolgreichen Studienabschluß. Zudem erlaubt das neue System dem Staat eine wesentlich bessere Kontrolle des Zugangs zu den Universitäten.

Opposition in den christlichen Kirchen

Geht man von der Statistik aus, so spielen die Religionsgemeinschaften in Südkorea im Vergleich zu manchen anderen asiatischen Staaten eine geringere Rolle. 1978 zählte man bei einer Gesamtbevölkerung von 37 Mill. 13,1 Mill. Buddhisten, 4,8 Mill. Konfuzianer, 5,3 Mill. Protestanten und 1,1 Mill. Katholiken. Hinzu kamen zahlreiche Sekten, ein Drittel der Koreaner wird jedoch als „nicht religiös“ eingestuft. Die Statistik ist aber mit Vorsicht aufzunehmen, da gerade etwa der Ahnenkult oder animistische Bräuche auf dem Lande vom Staat nicht zu den Religionen gezählt werden.

Die *politische Kraft religiöser Bewegungen* zeigte in der Vergangenheit die Tonghak-Bewegung Ende des letzten Jahrhunderts. In letzter Zeit ist nun die Regierung gegenüber den Religionen wieder verschärft vorgegangen. Im Herbst 1978 wurde angeblich im Zeichen des Naturschutzes eine Kampagne zur Beseitigung „illegaler religiöser Stätten“ begonnen, die jetzt fortgesetzt werden soll. Dabei wurden bisher etwa 2000 von 4800 Einsiedeleien, Höhlen und sonstigen Kultstätten in freier Natur beseitigt. Dahinter steht die Furcht der Regierung, diese Stätten könnten wie schon in der Vergangenheit zum Sammelplatz politisch Unzufriedener werden.

Zu den stärksten Kräften der politischen Opposition gehören derzeit die christlichen Kirchen. Der *Protestantismus* leidet allerdings unter seiner Aufspaltung in zahlreiche kirchliche Gemeinschaften (1966: 22), wobei die Presbyterianer 1969 1,5 Mill. Gläubige zählten, die Methodisten 270 000, dazu kamen Adventisten und Baptisten (staatliche Stellen zählen hierzu u. U. auch Sekten, die allenfalls dem Namen nach christlich sind) (Zahlen nach Lexikon der Weltmission, Wuppertal 1975). Trotzdem hat sich der Nationale Kirchenrat Koreas wiederholt für die Einhaltung von Menschenrechten und für die Verbesserung sozialer Verhältnisse ausgesprochen. Dies führte verschiedentlich auch zu Verhaftungen führender Vertreter des Kirchenrates. Besonders die Tätigkeit der *Urban Industrial Mission* ist jedoch der Regierung ein Dorn im Auge, da diese sich über die Verkündigung des Evangeliums hinaus mit Nachdruck für die sozialen Belange der Menschen einsetzt. Die Eingriffe in das Kirchenleben gehen dabei so weit, daß nicht nur aktive Christen verhaftet werden, sondern man auch kirchliche Aktivitäten kontrolliert bis hin zur Zensur von Predigten und der Behinderung von religiösen Zusammenkünften.

Die *Katholische Kirche Koreas* hat seit den Anfängen 1784 nach zahlreichen Verfolgungen gerade im 19. Jahrhundert mittlerweile einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Ende 1978 zählte man 1,2 Mill. Katholiken, die hauptsächlich in der Region um Seoul und im Süden des Landes lebten. In drei Erzdiözesen, dreizehn Diözesen und einer Freien Abtei (einschließlich Nordkorea, über dessen kirchliche Gemeinschaften es gegenwärtig keine näheren Angaben gibt) wurden sie zum größten Teil von einheimischem Klerus betreut – so waren 11 von 14 Bischöfen Koreaner, dazu etwa 75% der Priester (alle Angaben nach Fides-Dienst vom 11. 7. 79).

Im Erziehungswesen besitzt die katholische Kirche u. a. 90 Schulen mit etwa 100 000 Schülern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem mittleren und höheren Schulwesen einschließlich der acht Universitätskollegs. Der prozentuale Anteil an Schülern und Studenten ist etwas höher als der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung.

Auf dem sozialen Sektor ist die Kirche im übrigen ebenso präsent wie etwa im Pressewesen, das allerdings von den jüngsten Maßnahmen der Regierung auch betroffen wurde (u. a. wurde die Sogang-Times der jesuitischen Sogang-Universität in Seoul verboten). Bereits seit langem setzen sich führende Vertreter der Kirche für die Einhaltung der Menschenrechte und mehr soziale Gerechtigkeit in Korea ein, obwohl sie immer wieder mit Repressalien rechnen müssen (u. a. HK Dezember 1972, 606 ff, Juni 1975, 311, Juli 1976, 379). Gerade im Zusammenhang mit den blutigen Ereignissen in Kwangju haben die Vertreter der koreanischen Bischofskonferenz nachdrücklich gegen das Vorgehen der Sicherheitsorgane protestiert. In einem Brief an den damaligen Präsidenten Choi beklagte sich Erzbischof *Viktorinus Youn*, der Augenzeuge der Geschehnisse war, darüber, daß die Regierung nicht das Gespräch mit dem Bürger suche und statt dessen das Land mit Gewalt zum Schweigen bringe. Eine Lösung der politi-

schen und sozialen Probleme könne aber so nicht herbeigeführt werden, zumal die Wünsche der Bürger in vielem berechtigt seien.

Kardinal *Stephen Kim* richtete im Juni 1980 öffentlich die Bitte an die Regierung, sie solle nach der Tragödie von Kwangju ehrenhaft handeln und auch eigene Fehler eingestehen, zumal der Aufstand erst durch das brutale Vorgehen des Militärs provoziert worden sei. Die berechtigten Hoffnungen der Jugend auf eine Demokratisierung sollten nicht enttäuscht werden. Dazu gehöre, daß man nicht wahllos brutale Gewalt anwende, daß man Redefreiheit zulasse und die Autonomie der Universitäten wahre. Bezüglich der neuen Verfassung äußerte der Kardinal die Hoffnung, sie möge eine echte Gewaltenteilung bringen. Er schloß mit den Worten, noch sei es Zeit für eine Politik der Verständigung, des Vergebens und des Verzeihens (UCA News, 20. 8. 80). Seither haben sich die Kirchenoberen in ihren öffentlichen Äußerungen äußerste politische Zurückhaltung auferlegt, um zur Beruhigung der Lage beizutragen. Während manche Katholiken dies bedauern und sich ein stärkeres öffentliches Engagement der Bischöfe wünschen, glauben andere, eine Vertiefung der Glaubensverkündigung werde der Kirche in der jetzigen Lage langfristig eher nutzen. Ohnehin steigt die Zahl der Nicht-Katholiken, die auf der Suche nach neuen geistigen Werten Unterweisung im christlichen Glauben suchen.

Offensichtlich ist die Regierung aber nicht zum Nachgeben bereit. In der letzten Zeit häufen sich die Verhaftungen aktiver Katholiken, insbesondere von Journalisten, Universitätslehrern und Studenten. Im Prozeß der „174“ wurden in Kwangju außerdem im Oktober 1980 zwei Priester wegen angeblicher Volkshetze zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt – vom Prozeß gegen Kim Dae-jung ganz zu schweigen.

Das kirchliche Leben ist außerdem starkem Druck unter-

worfen. Für Gefangene dürfen keine Gebetsgottesdienste mehr abgehalten werden. Spitzel kontrollieren kirchliche Versammlungen und Gottesdienste, zahlreiche Verwandte inhaftierter Katholiken befinden sich unter Hausarrest (vgl. KNA, 5. 11. 80).

Dem Appell an die koreanische Regierung, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten, hat sich Johannes Paul II. bei einem Besuch der koreanischen Bischöfe im Vatikan im Oktober 1980 mit Nachdruck angeschlossen. Er betonte, die Kirche müsse den ethischen und humanitären Aspekten der die menschliche Existenz berührenden Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Allerdings dürfe darüber nicht vergessen werden, daß auch andere kirchliche Probleme in Korea zu lösen seien, vor allem das der Einheit der Ortskirchen und der Binnen- und Auswanderung der Koreaner in einem sich zunehmend industrialisierenden Staat (vgl. Osservatore Romano, 25. 10. 80).

Eine noch ungewisse Zukunft

Beide koreanischen Staaten gehen einer noch ungewissen Zukunft entgegen. Die neue Generation der Herrschenden ist noch dabei, ihre Legitimation zu sichern. Vorerst äußert sich dies vor allem in einem neuen Nationalismus, der keine günstige Atmosphäre schafft – weder für eine erneute Annäherung beider Staaten noch für die Demokratisierung der Gesellschaft. Es bleibt nur zu hoffen, daß letztlich doch die Vernunft siegt und die Ansätze einer Öffnung im Norden und einer Liberalisierung im Süden, wie sie gerade die neue Verfassung dem Buchstaben nach verspricht, weiterverfolgt werden. Erst dann kann eine gerechtere Gesellschaft, von der die Verantwortlichen so viel reden, auch Wirklichkeit werden.

Peter Drews

Kurzinformationen

Die Arbeit der gemischten katholisch-orthodoxen Kommission für den offiziellen theologischen Dialog geht planmäßig weiter. Nach der konstituierenden Sitzung der 60köpfigen Gesamtkommission, die vom 29. Mai bis 4. Juni stattgefunden hatte (vgl. HK, Juli 1980, S. 370), fanden in den letzten Monaten Tagungen von zwei der dabei gebildeten drei Unterausschüsse statt. So tagte der zweite Unterausschuß vom 27. bis 30. Dezember 1980 in Rom. Dabei erarbeiteten die Mitglieder ein der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemachtes Dokument zum Thema „Das Geheimnis der Kirche und der Eucharistie im Licht des Mysteriums der Allerheiligsten Dreifaltigkeit“. Das Klima der Tagung in Rom wurde von allen Mitgliedern des Unterausschusses als brüderlich und konstruktiv bezeichnet; es habe eine tiefe Gemeinschaft des Glaubens an die während der Tagung behandelten, wesentlichen Fragen des Mysteriums der Kirche geherrscht.

Optimistische Aussagen über den offiziellen theologischen Dialog und über den Stand der katholisch-orthodoxen Beziehungen insgesamt fanden sich auch in den anlässlich des traditionellen Besuchs einer Delegation des Einheitssekretariats in Konstantinopel zum Andreasfest gewechselten Grußworten. Genau ein Jahr nach dem Besuch Johannes Pauls II. am Sitz des Ökumenischen Patriarchen erklärte Kardinal *Johannes Willebrands*, daß die Katholische Kirche entschlossen sei, jede Anstrengung sowohl in der theologischen Reflexion wie im Handeln zu unternehmen, um dem Ziel der vollen Einheit näherzukommen. Der Geist, in dem der Dialog zwischen Katholiken und Orthodoxen geführt werde, berechtige zur Zuversicht. Niemals zuvor in der Geschichte sei die Suche nach der Einheit zwischen Orient und Okzident so frei und aufrichtig gewesen. *Johannes Paul II.* hatte zum Andreasfest eine kurze *Botschaft* an Patriarch Dimitrios I.